

Klartext in Sachen Bildung

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt referiert in Schwäbisch Gmünd über Leitsätze der Arbeitgeber

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Prof. Dr. Dieter Hundt, hat bei einer Rede am Gmünder Landesgymnasium für Hochbegabte (LGH) nicht nur über die bildungspolitischen Leitlinien der Arbeitgeber gesprochen, sondern die gesellschaftliche Situation allgemein kommentiert.

SASCHA KURZ

Schwäbisch Gmünd. Unter anderem kritisierte der 75-Jährige eine Politik, die lediglich das Thema Verteilungsgerechtigkeit im Blick habe. Er brach ebenso eine Lanze für die Zeitarbeit und forderte eine Gesamtstrategie für die Zuwanderung nach Deutschland. Steuererhöhungen lehnte er mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen in Berlin kategorisch ab. Und die grün-rote Schulpolitik in Stuttgart bekam ihr Fett ab: Zwar sei es „sehr loblich“, dass sich die Regierung „endlich um die Neuordnung“ kümmere – dies jedoch überhastet und an zu vielen Stellen gleichzeitig und zudem in der falschen Reihenfolge.

Vielmehr sehe er es lieber, von Bildungsgerechtigkeit als ständig von Verteilungsgerechtigkeit zu sprechen. Soziale Reparatursysteme beanspruchten rund 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, während nur fünf Prozent in die Bildungssysteme flössen. „Ich ärgere mich darüber, dass viel Geld an der falschen Stelle eingesetzt wird. Der Ausbau von Bildung und Betreuung zählt zu den prioritären Aufgaben des Staats. Und dafür ist auch ohne Steuererhöhungen genügend Geld vorhanden“, sagte Hundt. Es könne nicht sein, dass die Parteien sich im Wahlkampf mit Verteilungswohltaten überbieten, während jeder sechste Schüler die Schulen ohne eine ausreichende Grundbildung verlasse. Deshalb solle künftig kein Talent unentwickelt gelassen werden.

Als wirtschaftspolitische Betätigungsfelder erkannte Dieter Hundt das Ver-



Kämpferisch wie eh und je trat Dr. Dieter Hundt in Schwäbisch Gmünd beim Forum Bildungspartnerschaften auf.

bessern flexibler Einstiegsmöglichkeiten wie Zeitarbeit sowie Förderprogramme zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement. Dem Bildungsurlaubs-Gesetz erteilte er aus Kostengründen eine Absage. Vielmehr müsse daran gearbeitet werden, dass nicht mehr 15 Prozent eines Jahrgangs ohne Ausbildung dastünden.

Mit der Schulpolitik, dem „Herzstück der Landespolitik“, ging Hundt hart ins Gericht. Durch überhasteten Aktionismus und Maßnahmen in der falschen Reihenfolge seien die Schülerströme unkalkulierbar geworden. „Die Gemeinschaftsschule darf kein Rettungsprogramm für Schulstandorte werden“, sagte er mit Blick auf die Kirchturmpolitik

einiger Bürgermeister. Dass nun ein regionaler Schulentwicklungsplan erstellt werde, sei richtig. „Dieser Schritt hätte jedoch an den Anfang gestellt gehört. Das Forcieren der Rückabwicklung des G8-Gymnasiums schafft teure Parallelstrukturen. Da haben wir uns mächtig verzettelt.“

Zum Ende seiner Rede ging Dieter Hundt auf die Leitsätze der Bildungspolitik aus Arbeitgebersicht ein. Er plädierte für ein Zweisäulen-Schulmodell mit Gymnasium und einer anderen Schulart. Dabei pochten die Arbeitgeber auf eine größere Selbstständigkeit der Schulen, was Profil und Budget anbelange. Ein Pilotprojekt dazu sei gestartet. Ferner solle die Bildungsplanreform genutzt werden, um Mindeststandards in der Sekundarstufe I zu definieren, um die Zahl der nicht zur Ausbildung

Befähigten zu reduzieren.

Bei seinem dritten Punkt lobte der Arbeitgeberpräsident ausdrücklich die Pläne der Landesregierung als einen „Quantensprung“. Er begrüße das Etablieren eines Leitprinzips Berufsorientierung, von dem sich jeder Lehrer leiten lassen müsse. Und: „Ein eigenes Fach Wirtschaft und Berufsorientierung an allen allgemeinbildenden Schulen ist der richtige Weg“, sagte Hundt. Dieser werde von den Unternehmen durch das Bereitstellen von Praktika unterstützt. Zudem seien die erfolgreich etablierten Arbeitskreise Schule Wirtschaft sowie die Bildungspartnerschaften von Betrieben mit Schulen „die richtige und unver-

zichtbare Plattform für mehr Praxiserfahrungen“, sagte Hundt.

Nach dem Vortrag stellt sich der Uhinger Arbeitgeberpräsident den engagiert vorgetragenen Fragen der Schüler des LGH. Dann ruft nach gut einer Stunde der nächste Termin.